



Sozialdienst katholischer Frauen e.V.
Köln

Corona-Epidemie – Auswirkungen auf die Schwächsten

Grundlegende Fragen – oder „die Welt im Brennglas“

Vielfach wird der Satz zitiert, Corona habe die Welt unter das Brennglas gelegt.

Und diese Aussage stimmt. Stand zu Beginn der Pandemie noch das Gefühl einer großen gesellschaftlichen Verbundenheit im Mittelpunkt, zeigte der Lockdown schon früh Gräben bzw. große Unterschiede in der Gesellschaft – ein Prozess der Aufdeckung und Sichtbarmachung, der bis heute weitergeht.

Für unser aller Leben gab es für die letzten drei Monaten keine „Blaupause“. Wir haben eine Wegstrecke gestaltet, für die es noch kein Erfahrungswissen gab.

Es gab

- keine Erfahrung, was mit sozial benachteiligten Kindern passiert, die nicht mehr in der öffentlichen Wahrnehmung sichtbar sind
- keine Erfahrung, was mit Kindern passiert, die nicht über Rahmenbedingungen und technische Voraussetzung verfügen, um den Bildungsanschluss zu halten
- keine Erfahrung, was mit Familien passiert, wenn sich Familienleben, Beruf, Freizeitgestaltung, Kindererziehung, finanzielle Belastungen, mehrgenerative Versorgungsverantwortung, unsichere berufliche Perspektive, Freizeitgestaltung usw. auf engstem, zum Teil sehr isoliertem Raum abspielen.
- keine Erfahrung, was mit Wohnungslosen passiert, wenn das öffentliche Leben stirbt und der Wegfall von Betteln, Flaschen sammeln und den existenzunterstützenden Leistungen der Tafeln die Existenzgrundlage entzieht
- keine Erfahrung, wie Alter, Krankheit und Sterben ohne Begleitung durch Angehörige und Vertraute menschenwürdig sein könnten
- keine Erfahrung, wie kognitiv eingeschränkte Menschen mit Handicaps sich mit einer weitgehenden Isolation im Lockdown, mit dem Wegfall haltgebender Tagesstruktur in Werkstätten oder alleine mit der Einhaltung von Hygiene- und Abstandsregeln einrichten
- keine Erfahrung, was mit Prostituierten geschieht, die keine legale Arbeitsmöglichkeit mehr haben, und deshalb nicht nur das Einkommen, sondern oft die Unterkunft verlieren

Kinder und Jugendliche in der Krise und nach der Krise

Als die Schulen, Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen schlossen, wurde sehr schnell deutlich, dass Kinder in vielen Familien nicht mehr ausreichend versorgt sind, wenn die Verpflegung mit Frühstück, Mittagessen und dem Imbiss zwischendurch in der KiTa oder der Schule wegbriecht.

Neben der Tatsache, dass es in Familien Hunger gab, wurde der Mangel an Spiel- und Bildungsmaterial, vor allem aber an Anregungen und Platz deutlich.



Die Belastungen treffen bis heute nicht nur materiell arme Familien, sondern auch Familien der Mittelschicht, die in einer Metropole wie Köln ständig abwägen müssen, wie sie Miete und andere Ausgaben finanzieren sollen und daher nicht jedem Kind ein großes eigenes Zimmer und einen Computer finanzieren können.

Mangel an grundlegender Struktur, die Unmöglichkeit, Spielplätze und Sportanlagen zu nutzen, haben in Familien zu Krisen, Konflikten und Überforderung geführt.

Jugendliche gerieten während des Lockdowns weitgehend aus dem Blick oder fielen bestenfalls störend in Nachbarschaften auf, weil sie nicht die ebenfalls geschlossenen Jugendzentren und Sporteinrichtungen besuchen konnten, sondern sich stattdessen in kleineren und größeren Gruppen auf Freiflächen und Parks versammelten, um der häuslichen Enge zu entfliehen. Andere Jugendlichen sitzen seit nunmehr einem viertel Jahr wahrscheinlich vornehmlich vor ihren Spielkonsolen.

Welchen Auswirkungen die Schließung der für Kinder und Jugendliche existentiellen Infrastruktur auf die soziale und seelische Entwicklung haben wird, bleibt abzuwarten.

Allerdings bestätigte sich, als die Kindertageseinrichtungen und Schulen wieder öffneten, die Kinder wieder in den Blick der außerfamiliären Betreuung zurückkehrten, die Befürchtung, dass anhaltende Überforderung Gewalt und Kindeswohlgefährdung verstärken. Zumindest in Köln sind die Anfragen der Inobhutnahme zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdung rasant gestiegen.

Aktuell gibt es in Köln keine freien Kapazitäten im Regelsystem mehr.

Bildung und Chancengerechtigkeit

Corona hat alle Schwächen des bundesdeutschen Schulsystems offensichtlich gemacht. Die Unterschiedlichkeit der Standards trifft alle Schulsysteme und alle Jahrgänge und nahezu alle sozialen Schichten.

Dass Schulen und Lehrkräfte die Beschulung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen höchst individuell, nicht durchgängig und wenig verlässlich gestaltet haben, berichten Eltern aus dem gesamten Land.

Pisa und andere Studien haben sich in der Realität bewiesen: Kinder, die in Familien mit einer guten Ausbildung und entsprechenden Ressourcen geboren werden, haben seit jeher bessere Bildungschancen und werden Corona, wenn auch nicht ohne Einschränkungen, irgendwann verarbeitet und überstanden haben.

Kinder hingegen, die in ärmeren und bildungsfernen Verhältnissen leben, drohen, den Anschluss zu verlieren, nicht nur, weil ihnen die technische Ausstattung fehlt, sondern vor allem auch deshalb, weil sie keine oder wenig Anleitung im Lernen und Verinnerlichen von Bildungsinhalten haben.



Ein Ferienprogramm kann ein erster Schritt sein, Defizite aufzuholen. Wirken kann ein solches Programm allerdings nur, wenn alle Kinder erreicht werden und nicht nur die Kinder und Jugendlichen, die aus eigenem Antrieb diese Angebote nutzen wollen oder von ihren Eltern motiviert und begleitet werden.

Frauen in der Krise

Unstrittig ist, dass alle Familien vom Lockdown belastet und betroffen sind und auch noch länger eingeschränkt sein werden.

Neben der materiellen Unsicherheit und der Angst um den Arbeitsplatz, mussten Kinderbetreuung, Beschulung der Kinder, Versorgung der Familie und in manchen Fällen die Hilfe für die alten und pflegebedürftigen Angehörigen alleine und ohne Unterstützung von außen getragen werden.

Das betrifft vor allem Frauen, die den größten Teil der Lasten tragen.

Auch wenn es während des Lockdowns und in der Phase der Lockerungen, anders als befürchtet, keine Zunahme von Anzeigen wegen häuslicher Gewalt gab, zeigen erste Studien z.B. die der TU München, für die 3.800 Kinder und Frauen zu ihren Gewalterfahrungen befragt wurden, dass es durchaus zu mehr Gewalt, vornehmlich zu verbaler Gewalt gegen Frauen und Kinder gekommen ist.

Damit erklärt sich, dass die Nachfrage nach telefonischer Beratung und Entlastung in den letzten drei Monaten stark angestiegen ist.

Ob es aufgrund der Corona-bedingten Rückkehr in alte Rollenmuster angesichts fehlender Kinderbetreuung tatsächlich zu einer Re-Traditionalisierung kommt, die uns, wie Jutta Allmendinger befürchtet, um 30 bis 40 Jahre in der gesellschaftlichen Entwicklung zurückwirft, bleibt abzuwarten.

Nicht von der Hand zu weisen ist die Befürchtung, dass Frauen von der sich abzeichnenden Zunahme der Arbeitslosigkeit stärker betroffen sein werden als Männer, weil sie häufiger in geringfügigen, befristeten Beschäftigungsverhältnissen oder in Teilzeit arbeiten.

Alte und kranke Menschen, Bewohnerinnen und Bewohner von Heimeinrichtungen

Noch sehr bewusst sind die Bilder von älteren Damen und Herren, die fassungslos darüber waren, die Partner, mit denen sie fast ihr gesamtes Leben verbracht haben, nicht sehen zu dürfen. Erschütternd sind die Berichte von Menschen, die ihre Angehörigen während einer Erkrankung oder beim Sterben nicht begleiten durften.

Auch Menschen mit kognitiven Einschränkungen durften, sofern sie in Heimen leben, diese nicht verlassen und auch keinen Besuch empfangen und blieben so von ihren emotionalen Bezugspersonen getrennt.



Im Bemühen um den Schutz besonders vulnerabler Gruppen, wurden Verordnungen erlassen, die den Mitarbeitenden in Heimeinrichtungen, Alten- und Pflegeheimen oder Krankenhäusern keinen Entscheidungsspielraum ließen und sie so in Entscheidungen zwangen, die für alle Beteiligten vielfach schwer erträglich und ethisch zumindest fragwürdig waren.

Für den weiteren Verlauf der Pandemie und eine eventuell auftretende zweite oder dritte Welle bleibt die Auslotung des Spannungsfeldes zwischen individuellen Freiheitsrechten und gesellschaftlicher Schutzverantwortung im Einzelfall die größte Herausforderung.

Menschen mit einem Handicap oder Langzeitarbeitslose in Werkstätten und Maßnahmen

Auch Werkstätten wurden geschlossen, mit der Konsequenz, dass seelisch, geistig, psychisch oder körperlich eingeschränkten und/oder langzeitarbeitslosen Menschen Tagesstruktur, Entwicklungsmöglichkeiten und die Begegnung mit Anderen genommen wurden.

Im besten Fall wurden die Betroffenen per Mail oder Telefon weiter betreut und im Alltag stabilisiert.

Bei diesen Einrichtungen stellt sich die Frage, ob eine Schließung tatsächlich notwendig war oder es für die Teilhabechancen und die seelische Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht besser gewesen wäre, ihnen oder ihren Betreuungspersonen die Entscheidung über An- oder Abwesenheit zu überlassen.

Arme und Wohnungslose

Nicht nur Wohnungslose haben nach den Lebensmittelpaketen, die in Köln verteilt wurden, gefragt, sondern auch die oben schon beschriebenen Familien, Rentnerinnen und Rentner und Menschen, die z.B. suchtkrank oder psychisch krank sind.

Corona hat die Dimensionen der tatsächlich vorhandenen Armut offensichtlich gemacht und gezeigt, dass der Verweis auf die Existenzsicherung durch Hartz IV zu kurz greift. Unzählige Menschen (immerhin hat in Deutschland der Niedriglohnsektor einen Anteil von 25%) sind seit Jahren auf eine privat und ehrenamtlich organisierte Almosenwirtschaft angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Mit Lebensmittelgutscheinen und Lebensmittelpaketen, Handykarten und anderen existenzsichernden Hilfen werden seit dem Lockdown auch Frauen, Männer und Familien aus Südosteuropa und osteuropäischen Ländern versorgt, die in Köln ihre Arbeit als Prostituierte, Tagelöhner, Bettler, Straßenkünstlern etc. verloren haben.

Die Entscheidung des Landessozialgerichtes NRW vom 14.04.2020, ermöglicht es, zumindest für wohnungslose EU-Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig von der Aufenthaltsdauer, Hilfen zum Lebensunterhalt nach SGB II zu beantragen.



Diese Entscheidung bezieht sich auf die Dauer der Corona-Pandemie und hat, selbst wenn die Bewilligung länger dauert, dazu geführt, dass sich einige Prostituierte zum Ausstieg aus der Prostitution entschieden haben.

Gut gemeint, aber wie umsetzen?

In der Pandemie sind viele Gesetze und Verordnungen erlassen worden, die den Menschen dabei helfen sollen, ihre Existenz zu sichern oder akute Notlagen zu überwinden. Allerdings sind viele Verordnungen nicht bis auf die Handlungsebenen durchdekliniert, so dass sich vor Ort Unsicherheiten ergeben oder die Durchsetzung der Anordnung sogar verweigert wurde.

Beispielhaft sei hier auf die Jobcenter verwiesen, die häufig selbst eindeutige gesetzlich Vorgaben nicht oder nicht verlässlich umsetzen. So werden die 150 Euro Zuschuss für die Anschaffung eines Laptops mal bewilligt, mal mündlich oder schriftlich abgelehnt ohne dass die Kriterien für die Entscheidung nachvollziehbar wären oder die Antragsteller*innen werden, angeblich wegen fehlender Zuständigkeit der Jobcenter, an andere Stellen verwiesen.

Der neu eingeführten „Vereinfachten Antragstellung“ auf Leistungen nach SGB II, die akut in Not geratenen Menschen helfen sollte, ohne große Formalitäten ihre Existenz zu sichern, folgt in der Regel die Anforderung immer neuer Unterlagen, so dass die Beantragung mit dem Standardantrag von vorneherein schneller und einfach gewesen wäre.

Ein anderes Thema wurde bei den Alten- und Pflegeheimen deutlich: Wie sollen diese Einrichtungen eine Öffnung verantworten, wenn sie befürchten müssen, bei einem Corona-Fall durch die Behörden vor Ort gegebenenfalls haftbar gemacht zu werden? Hier bedarf es eines Umdenkens von der Risikoverschiebung zur individuellen Risikoübernahme. Es ist gut, dass es in dieser Frage inzwischen eine Entlastung durch Klarstellung gibt.

Warum müssen Sonderregelungen wie der Verzicht auf Zwangsräumungen bei Mietschulden so früh ausgesetzt werden. Angesichts der Notlage, in der sich viele Einzelpersonen und Familien durch Einkommensverluste bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitergeld befinden, ist es geradezu fahrlässig, eine Zunahme von Zwangsräumungen und damit Wohnungslosen zu riskieren. Nachdem die Überforderung des Gesundheitssystems vorerst abgewendet werden konnte, besteht jetzt die Verpflichtung, alles zu tun, um auch in anderen Hilfesystemen die „Kurve flachzuhalten“ bzw. eine Überlastung abzuwenden.

Das empfiehlt sich schon deshalb, weil die unterschiedliche Praxis in den Diensten und Einrichtungen auf der einen Seite und der Verwaltung auf der anderen Seite in den vergangenen Monaten zu erheblichen Problemen und einem Rückstau geführt hat.



Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen aber auch Kontakt- und Beratungsstellen, Suchthilfe oder Wohnungslosenhilfe blieben „am Netz“, weil sie für das Leben und Überleben von Menschen notwendig sind. Gleichzeitig wurden Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung ins Homeoffice geschickt und sind bis heute oft nur telefonisch oder per Mail zu erreichen.

Währenddessen werden Menschen ohne Meldebescheinigung wohnungslos, können Bescheinigungen nicht beantragt oder Leistungen nicht weiterbewilligt werden, Führungszeugnisse als Voraussetzung für eine Anstellung im Sozialbereich können nicht beigebracht werden, Fragen und Probleme können nicht geklärt werden, weil Hotlines überlastet sind und persönliche Termine nicht oder mit einer Vorlaufzeit von mehreren Monaten erteilt werden.

Für den weiteren Verlauf der Pandemie, aber insgesamt für die Zukunft in einer digitalen Arbeitswelt müssen die Systeme so aufeinander abgestimmt werden, dass die Lasten gemeinsam getragen werden können und die behördliche Versorgung sichergestellt ist.

Fazit

Deutschland und NRW sind bislang gut durch die Pandemie gekommen. Konflikte und unterschiedliche Einschätzungen in der Politik, der Virologie, der Soziologie oder den Wirtschaftswissenschaften gehören zu einem verantwortungsvollen Abwägen der aktuellen Situation und der notwendigen Schritte.

Selbst die Bevölkerung trägt, bis auf einige Hygienesymbole und die diversen Bewegungen in den Sozialen Medien, die Schritte und Einschränkungen weitgehend mit, auch wenn die oben aufgeführten Gruppen langsam an den Rand dessen kommen, was zu ertragen und zu leisten ist.

Berlin, Göttingen, Gütersloh, und Warendorf zeigen aber, dass die Unsicherheit in Zukunft zum integralen Bestandteil des Lebens gehören wird. Wir werden das Instrument des Abwägens weiter stärken müssen.

Corona hat aber auch die gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen deutlich zutage treten lassen und könnte deshalb eine Chance sein, Sollbruchstellen, Verbesserungs- und Nachbesserungsbedarf in der Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik zu identifizieren und offen und ehrlich zu thematisieren.

Monika Kleine
Geschäftsführerin des SkF e.V. Köln